

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung der Landesregierung  
vom 9. Januar 2013 – Drucksache 15/2853**

### **Bericht über aktuelle europapolitische Themen**

#### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 9. Januar 2013 – Drucksache 15/2853 – Kenntnis zu nehmen.

24. 01. 2013

Der Berichterstatter:

Josef Frey

Der Vorsitzende:

Peter Hofelich

#### Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales behandelte die Mitteilung Drucksache 15/2853 in seiner 14. Sitzung am 24. Januar 2013. Vorberatend hatte sich der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft in seiner Sitzung am 17. Januar 2013 mit dieser Mitteilung befasst.

Da der Ausschuss öffentlich tagte, wurden die Namen der Redner im nachfolgenden Bericht nicht anonymisiert.

Minister Peter Friedrich führte aus, eine ganze Reihe von Debatten beschäftigten sich mit Vorschlägen zur zukünftigen Gestaltung der Europäischen Union. Er hoffe, dass durch die Befassung mit dem Bundeswahlkampf nicht zu viel Zeit verloren gehe, um sich den europäischen Themen weiterhin zu widmen.

Derzeit werde über die Novellierung des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheit der Europäischen Union diskutiert. Einen Entwurf hierzu habe die Sechs-Länder-Arbeitsgruppe unter der Federführung Baden-Württembergs erarbeitet. Zwei der im Bundestag vertretenen Fraktionen hätten sich bereits positiv zu diesem Entwurf geäußert. Er gehe davon aus, dass dieser partei- und länderübergreifend erarbeitete Entwurf angenommen werde.

Der Gesetzentwurf verfolge das Ziel, die Beteiligungsrechte des Bundesrats bzw. der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union stärker festzuschreiben als bisher ebenso wie die Veränderungen der Arbeitsweise hinsichtlich intergouvernementaler Verträge abzubilden. Er schlage vor, auf Landesebene über die Beteiligungsrechte der Landtage gesondert noch einmal zu diskutieren.

Bei der Diskussion über den mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 müsse darauf geachtet werden, dass nicht in den Bereichen, die Baden-Württemberg betreffen, die Mittel gekürzt würden. Ein weiteres Problem stelle dar, den mehrjährigen Finanzrahmen nun zeitnah zu verabschieden. Andernfalls könne dies negative Auswirkungen beispielsweise auf die Umsetzung von Horizon 2020 haben.

Parteiübergreifend drängten die Länder im Europäischen Parlament darauf, diesen mehrjährigen Finanzrahmen zu verabschieden. Andernfalls bestehe das Risiko, Haushaltsfragen sehr kurzatmig zu beantworten. Der mehrjährige Finanzrahmen biete Entscheidungs- und Planungssicherheit.

Bei der deutschlandweiten Verteilung der Mittel im Rahmen der EU-Strukturpolitik habe Baden-Württemberg mit 3,02 % bisher den geringsten Anteil an EU-Mitteln unter den Ländern erhalten. In der Wirtschaftsministerkonferenz habe Konsens erreicht werden können, dass der Anteil der auf Baden-Württemberg entfallenden Mittel auf 6,09 % erhöht werden solle. Die Wirtschaftsministerkonferenz habe sich aber auch auf ein sogenanntes Sicherheitsnetz für Sachsen geeinigt, wodurch der Anteil Baden-Württembergs gegebenenfalls auf 5,69 % sinke. Ob sich die Mittel, die Baden-Württemberg erhalte, real verdoppelten, zeige sich erst nach Verabschiedung des mehrjährigen Finanzrahmens. Die Landesregierung setze sich dafür ein, dass Mittel verstärkt in den Bereichen aufgewandt werden sollten, die Baden-Württemberg betreffen.

Baden-Württemberg habe als erstes Bundesland einen Rahmen für die Mittelverteilung beim operationellen Programm hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds entwickelt und dabei die beteiligten Akteure wie die Städte einbezogen.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU erklärte, er begrüße die vierteljährlichen Berichte über aktuelle europapolitische Themen, da der Ausschuss dadurch besser über die Europapolitik informiert werde. Bezüglich der Mittelverteilung im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens verwundere ihn, dass Baden-Württemberg mit seiner Position unterlegen gewesen und das sogenannte Sicherheitsnetz von der Wirtschaftsministerkonferenz mit 13 Stimmen beschlossen worden sei.

Bislang komme es ihm vor, als würden der Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und der Minister für Europa und Internationales sich für verschiedene Schwerpunkte in der EU-Strukturpolitik aussprechen. Ihn interessiere, ob mittlerweile eine einheitliche Position erreicht worden sei. Die Landwirte würden die Direktzahlungen der EU nicht als Subvention betrachten, sondern als Ausgleichszahlungen, wie der Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz diese Zahlungen bezeichne.

Deutschland stelle Nettozahler in der Europäischen Union dar. Er wolle wissen, welchen Anteil vom Bruttonettoprodukt aus Sicht der Landesregierung Deutschland dem EU-Haushaltsvolumen zukommen lassen wolle. Noch bestünden gewisse Unwägbarkeiten, und die verschiedenen Vorschläge würden abgewogen. Der Minister für Europa und Internationales erhalte von der Fraktion der CDU die volle Unterstützung, um die Interessen des Landes Baden-Württemberg durchzusetzen und einen höheren Anteil an EU-Strukturmitteln zu erhalten.

Abg. Josef Frey GRÜNE äußerte, er hoffe, dass sich auch die CDU-Bundestagsfraktion bei der mittelfristigen Finanzplanung der Europäischen Union für die Interessen Deutschlands einsetze; die Landesregierung setze sich für die Interessen Baden-Württembergs ein. Dies gelte auch hinsichtlich der Regelungen bezüglich der systemrelevanten und nicht systemrelevanten Banken.

Einerseits bedürfe es Sofortmaßnahmen, um die Europäische Union und den Euro zu retten. Andererseits müssten auch grundlegende Vertragsänderungen diskutiert werden.

Er begrüße, dass sich das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil über den Euro-Rettungsschirm im September 2012 für stärkere Beteiligungsrechte der Länder ausgesprochen habe.

Aus der vorliegenden Mitteilung gehe hervor, dass die im Rahmen des ersten Griechenlandhilfepakts vergebenen bilateralen Kredite um 100 Basispunkte gesenkt würden. Für den Bundeshaushalt entstünden dadurch Mindereinnahmen in Höhe von 130 Millionen €. An der Höhe des Betrags sei aber zu erkennen, dass Deutschland an der Wirtschaftskrise noch immer gut verdiene.

Er spreche sich für eine vertiefte Diskussion über die Verteilung der EU-Strukturmittel aus, sobald der mehrjährige Finanzrahmen verabschiedet sei. Dass die innerdeutschen Verhandlungen ergeben hätten, dass der Mittelanteil Baden-Württembergs erhöht werden solle, freue ihn.

Abg. Rita Haller-Haid SPD brachte vor, sie interessiere, ob es im Bundesrat Vorstöße gebe, die Beteiligungsrechte der Bürger in der Europäischen Union zu erhöhen bzw. ob die Landesregierung einen entsprechenden Vorstoß vornehmen wolle.

Minister Peter Friedrich erläuterte, da die anderen Länder ihren Anteil an den EU-Strukturmitteln nicht hätten verringern wollen, hätten diese in der Wirtschaftsministerkonferenz für das angesprochene zweite Sicherheitsnetz votiert.

Der Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und er hätten beide immer die Auffassung vertreten, dass die zweite Säule im Agrarbereich im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens der Europäischen Union gestärkt werden müsse. Die Mittel der Europäischen Union sollten in die Zukunftsfähigkeit der EU investiert werden. Insbesondere müsse über die Förderung in die Infrastruktur und die Inhalte des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Europäischen Sozialfonds diskutiert werden. Zu beachten sei, dass unter dem Begriff „Ländlicher Raum“ die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union alle etwas anderes verstünden.

Im Bundesrat habe er sich dafür ausgesprochen, dass die Europäische Union einen Anteil von 1 % des Bruttosozialprodukts und Einnahmen insbesondere aus der Finanztransaktionssteuer erhalten solle. Er halte es für sinnvoll, dass das Aufkommen aus einer Finanztransaktionssteuer, die sich auf transeuropäische Geschäfte beziehe, der Europäischen Union zukommen solle. Im Bundesrat hätten die anderen Länder das anders bewertet. Die Bundeskanzlerin hingegen habe diesen Vorschlag aufgenommen. Er wisse aber nicht, ob sich die Bundeskanzlerin mit diesem Vorschlag auf europäischer Ebene durchgesetzt habe.

Zur Weiterentwicklung europäischer Institutionen lägen diverse Vorschläge vor. Dabei komme insbesondere die Frage der demokratischen Legitimität auf. Bislang habe sich kein Vorschlag durchgesetzt. Er halte einen europäischen Konvent für sinnvoll, um die Widerstände, die sich aus nationalen Interessenslagen ergäben, zu überwinden. Da die Diskussion notwendig sei, gehe er davon aus, dass sie auch weiterhin geführt werde.

Abg. Karl Rombach CDU fragte, ob in der Landesregierung Einigkeit herrsche, im Agrarbereich Umschichtungen vornehmen zu wollen. Ihn interessiere die genaue Auffassung des Ministers für Europa und Internationales zur Festlegung der Aufwendungen der Mittel im Agrarbereich.

Minister Peter Friedrich äußerte, die Landesregierung setze sich dafür ein, dass die EU-Strukturmittel nicht unverhältnismäßig in den Bereichen gekürzt würden, die für Baden-Württemberg zentral seien. Dies betreffe vor allem die Förderung der Wissenschaft. Er gehe davon aus, dass unterschiedliche Auffassungen vorherrschen, inwieweit die Europäische Union festschreiben solle, wofür die EU-Strukturmittel aufgewandt würden. Zu beachten sei, dass viele Projekte auch grenzüberschreitend getätigt würden. Dies sei für die Zukunft entscheidend, weshalb er es nicht für sinnvoll erachte, in diesen Bereichen zu kürzen.

Der Ausschuss beschloss ohne förmliche Abstimmung, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

20. 02. 2013

Josef Frey

**Empfehlung und Bericht****des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft  
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung der Landesregierung vom 9. Januar 2013  
– Drucksache 15/2853****Bericht über aktuelle europapolitische Themen****E m p f e h l u n g**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 9. Januar 2013 – Drucksache 15/2853 – Kenntnis zu nehmen.

17. 01. 2013

Der Berichterstatter:

Dr. Reinhard Löffler

Der Vorsitzende:

Karl Klein

**B e r i c h t**

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft behandelte die Mitteilung Drucksache 15/2853 in seiner 29. Sitzung am 17. Januar 2013 vorberatend für den Ausschuss für Europa und Internationales.

Ein Abgeordneter der CDU bemerkte, die Meinung der Landesregierung, die in der vorliegenden Mitteilung zum Ausdruck komme, sei „relativ überschaubar“. Er schlage vor, die weitere Diskussion im federführenden Ausschuss für Europa und Internationales zu führen und diesem zu empfehlen, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

Eine Abgeordnete der Grünen erwiderte auf die von ihrem Vorredner benutzte Formulierung „relativ überschaubar“, die Mitteilung der Landesregierung sei gut. Sie betonte, wie aus diesem Bericht hervorgehe, vertrete die Landesregierung in der Europapolitik die Interessen aller Landtagsfraktionen. Dies habe auch die vorherige Landesregierung getan. Sie begrüße, dass in Baden-Württemberg fraktionsübergreifend ein großer Konsens in der Europapolitik bestehe. Die Grünen unterstützten die Landesregierung dabei, ihre Haltung weiter im bisherigen Sinn einzubringen.

Wichtig sei beispielsweise der erreichte Erfolg, der auch auf eine entsprechende Forderung der Länder im Bundesrat zurückgehe, dass nur systemrelevante Banken, nicht aber die hiesigen Sparkassen und Genossenschaftsbanken der geplanten europäischen Finanzaufsicht durch die Europäische Zentralbank unterstellt würden.

Der Abgeordnete der CDU wies darauf hin, er zweifle die Qualität des Berichts der Landesregierung nicht an. Doch habe sie darin ihre Haltung in wenige Worte gekleidet.

Sodann verabschiedete der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft, wie vom Vorsitzenden ohne Widerspruch festgestellt, einstimmig die Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Drucksache 15/2853 Kenntnis zu nehmen.

23. 01. 2013

Dr. Reinhard Löffler